

Argumentarium zur Volksbefragung über die Wehrpflicht

von Klaus Heidegger

Kommission Pazifismus und Antimilitarismus von Pax Christi Österreich



(revidierte Fassung, mit Stand vom 13. November 2012)

1 INHALT

2	Einleitende Zitate zur Wehrpflicht.....	3
3	Historische Anmerkungen zur Wehrpflicht	4
4	Weder Wehrpflichttheer noch Freiwilligenarmee: Pazifisten und Antimilitaristen in einer Dilemma-Situation.....	5
5	Sachpolitische Auseinandersetzung oder parteipolitisches Kalkül?	7
6	Wehrpflichtabschaffung kann zur Abrüstung beitragen	8
7	Kritik am SPÖ-Modell „Profi-Heer mit Miliz“	8
8	System alt oder: Kritik am ÖVP-Modell „Wehrpflicht neu“	10
9	Die echte Alternative: Freiwilligendienste fördern und sichern	11
10	Zivildienst als Erfolgsmodell ? oder: bezahlte Fachkräfte statt Zwangsverpflichtete	13
11	Der Katastrophenschmäh oder: Katastrophendienste neu und besser organisieren.....	14
12	Sicherheitslage erfordert neue Wege: Wehrpflichtabschaffung aus sicherheitspolitischen Erwägungen	16
13	Militärfreiheit und Neutralität vertragen sich, Kriegsfähigkeit und Neutralität widersprechen sich	18
14	Wehrpflicht ist keine Garantie gegen Kampfeinsätze des österreichischen Militär im Ausland.....	19
15	Wehrpflicht schützt nicht vor einem demokratiegefährdenden Missbrauch des Militärs und bedeutet keine Zivilisierung der Gesellschaft.....	21
16	Die „g’sunde Watschn“ oder: Wehrpflicht ist keine Schule einer friedlichen Nation.....	22
17	Die Notwendigkeit der Umverteilung oder: Friedensdividende	24
18	Auch keine Berufsarmee!	25
19	Ohne Wehrpflicht – ein Staat mit neuen Möglichkeiten.....	26
20	Bürgerinitiative als echte Alternative	27
21	Für das kleinere Übel bei der Volksbefragung = Freiwilligenarmee/Freiwilligensystem.	28

2 Einleitende Zitate zur Wehrpflicht

"Wenn eine Gruppe von Privatpersonen Menschen ihrer Freiheit beraubt und sie zwangsweise an einen bestimmten Ort verbringt, so nennt man diesen Vorgang Verschleppung und diese Gruppe einen Menschenhändlering. Wenn eine Gruppe von Staatsbeamten Menschen ihrer Freiheit beraubt und sie zwangsweise an einen bestimmten Ort verbringt, so nennt man diesen Vorgang Wehrpflicht und diese Gruppe Militärverwaltung."

Kurt Tucholsky

"Wehrpflicht ist die Fortsetzung der Sklaverei mit anderen Mitteln."

Albert Einstein in Anspielung auf Carl von Clausewitz

"Wer die Wehrpflicht befürwortet, befürwortet die Unterdrückung. Warum? ... Wenn ich die Wehrpflicht befürworte, dann verlange ich nichts anderes, als das Recht, den Andersdenkenden gewaltsam dazu zwingen zu dürfen, entgegen seiner eigenen und sattdessen gemäß meiner Überzeugung zu handeln."

Bertrand Russell

„Die Wehrpflicht ist ein Zwang zum Erlernen des Kriegshandwerkes, den wir zukünftigen Generationen ersparen möchten. Niemand soll sich unfreiwillig solch undemokratischen Strukturen, wie die der Armee, unterwerfen müssen. Niemand soll lernen, blind zu gehorchen, ohne selber zu denken. Niemand soll mit einer Waffe hantieren, um damit im Ernstfall auf Menschen zu schiessen.“

Gruppe Schweiz ohne Armee, September 2012

Die Volksbefragung zur Wehrpflicht am 20. Jänner 2013 fordert dazu heraus, über die Sinnhaftigkeit von Zwangsdiensten und Militär nachzudenken und Alternativen einer künftigen friedens- und sicherheitspolitischen Zukunft Österreichs zu entwerfen. Bewusst lenkt dieses Argumentationspapier die Frage auf die Wehrpflicht. Von dieser Perspektive ausgehend werden die Volksbefragung und die damit verbundenen militärischen Optionen beurteilt.

3 Historische Anmerkungen zur Wehrpflicht

Der historische und bleibende Sinn der militärischen Rekrutierung lag und liegt darin, dass ein Staat im Kriegsfall genügend Männer hat, die mit Maschinengewehren und Granaten hantieren können, die Panzer fahren und Lenkwaffen bedienen können.¹ Gegenwärtig herrscht in vielen Ländern mit einem Wehrpflichtsystem Krieg.² Syrien ist ein Beispiel. Ohne Wehrpflicht gäbe es nicht diesen grausamen Krieg, hätten Bashar al Assad und sein Regime nicht jene Männer zur Verfügung, die seit Monaten die Befehle des Regimes befolgen müssen. Auf beiden Seiten kämpfen Männer als Milizionäre, die das Morden in der verpflichtenden Grundausbildung gelernt hatten. Ohne Wehrpflicht hätte auch das Hitlerregime nicht jene Verwüstung über den Globus gebracht, an dessen Ende 80 Millionen Kriegstote, die Shoah und unglaubliche Verwüstungen waren. Die Wehrpflicht bzw. Kriegsdienstpflicht hat dazu geführt, dass bis zum heutigen Tag in vielen Staaten dieser Welt Tausende Menschen verurteilt wurden, in Gefängnisse kamen oder mit Todesstrafe belegt wurden. Kriegsdienstverpflichtete Männer wie Franz Jägerstätter wurden als „Wehrkraftzersetzer“ hingerichtet. Zur Zeit der Nazi-Herrschaft wurden mehr als 30.000 Wehrdienstverweigerer verurteilt. 20.000 Todesurteile wurden vollstreckt. Auf Desertion kann im Kriegsfall in allen Staaten dieser Welt – auch im Kriegsfall in Österreich – das Urteil Todesstrafe folgen. In der Türkei oder in Israel werden Kriegsdienstverweigerer weiterhin strafrechtlich verfolgt und gesellschaftlich diskriminiert.

Was Wehrpflicht bedeutet, versinnbildlicht folgende Anekdote aus meinem Lehrerdasein: Auf die Frage, was denn auf Englisch „Wehrpflicht“ heiÙe, kommt die

¹ Napoleon gilt als Erfinder der „Wehrpflicht“. Er brauchte für seine großen Feldzüge ausreichend Männer. Auch Hitler war in seinen Angriffskriegen auf Wehrpflichtige angewiesen. Im Vietnamkrieg kämpften auf beiden Seiten Wehrpflichtige.

² Länder mit Wehrpflicht, die gegenwärtig in Kriege oder kriegerische Situationen verstrickt sind: Türkei, Russland, Israel, Burma, Sudan, Mali, Mexiko (Drogenkrieg) u.a. In den USA ist Wehrpflicht prinzipiell nicht abgeschafft, sondern quasi ruhend gestellt. Beispiel Mali: Das Land versinkt im Bürgerkrieg (Oktober 2012). Die schlecht ausgebildeten Soldaten schaffen es nicht, die islamistischen Kämpfer im Norden Malis unter Kontrolle zu bringen. Hier würde sich tatsächlich wieder bewahrheiten, dass – wenn schon Militär – eine gute Ausbildung notwendig ist, was tendenziell gegen ein Wehrpflichtsystem und für eine Professionalisierung spricht.

Antwort eines Schülers, der einschlägige Erfahrungen mit Computerspielen hat: „Call of Duty“. Die Antwort ist zwar falsch, enthält aber doch zugleich eine richtige Grunderfahrung. Wehrpflicht bedeutet – wie diese Egoshooter-Spiele – in erster Linie die zunächst automatische Zuteilung der männlichen Jugend für gewaltsam-militärische Konfliktlösung. Wird der 20. 1. ein Remake für ein Call of Duty 5 werden?

4 Weder Wehrpflichtheer noch Freiwilligenarmee: Pazifisten und Antimilitaristen in einer Dilemma-Situation

ÖVP und SPÖ bieten mit der Formulierung des Textes der Volksbefragung nur eine beschränkte Wahlmöglichkeit. Der Text für das Plebiszit am 20. 1. 2013, auf den sich Norbert Darabos und Johanna Mikl-Leitner Ende Sommer 2012 geeinigt hatten, lautet:

„Sind Sie für die Einführung eines Berufsheeres und eines bezahlten freiwilligen Sozialjahres?“

oder

„Sind Sie für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes?“

Bewusst wird in dieser Fragestellung eine dritte Alternative, für die friedensbewegte Menschen eintreten, ausgeklammert. Was ist mit jenen Menschen und Organisationen, die weder das herkömmliche System der Kriegsdienstpflicht noch eine Profiarmerie wollen? Die nun vorliegende Diktion für die Volksbefragung gibt ihnen nicht die Möglichkeit zur gewaltfreien Alternative. Gewaltfreie Optionen werden ausgeblendet. Eine Frage darf scheinbar nicht gestellt werden: Braucht ein wehrpflichtfreies Österreich überhaupt eine professionelle Armee mit Milizelementen?

In Option 1, die von Verteidigungsminister Norbert Darabos und der SPÖ-Führung vertreten wird, wird explizit nur gefragt, ob man für die Einführung eines Berufsheeres ist. Ausdrücklich fehlt der Hinweis auf die Wehrpflicht. Implizit ist jedoch in doppelter Weise klar, dass mit der Entscheidung für Option 1 auch ein Nein

zur Wehrpflicht verknüpft ist. Zur Verunsicherung trägt weiters bei, dass in dieser Option von der „Einführung eines Berufsheeres“ gesprochen wird. Tatsächlich aber müsste man genauer von einer „Freiwilligenarmee“ sprechen, da weiterhin der Milizanteil einen hohen Stellenwert in den Konzepten der SPÖ haben soll.

Beide Optionen beinhalten – zwar in unterschiedlichem Ausmaß – folgende sicherheitspolitische Parameter, die aus pazifistischer oder antimilitaristischer Sicht abzulehnen sind:

- Orientierung der außenpolitischen Sicherheit auf militärische Konzepte,
- inklusive der Fähigkeiten zu Interventionseinsätzen im Rahmen von Battle Groups,
- und dadurch Gefährdung der österreichischen Neutralität.

Eigentlich sollten zuerst die sicherheitspolitischen Bedrohungsbilder klar gemacht werden, bevor nach einem passenden Instrument dafür gesucht wird. Primär ist im herrschenden Diskurs jedoch nicht die Frage, welche Art von Militär Österreich hat oder ob es wirklich eines braucht. In der Frage eines künftigen Heeres und einer passenden Heeresstruktur sind sich, abgesehen von den Größenverhältnissen, beide Konzepte sehr ähnlich. Die SPÖ-Variante könnte ohnehin besser als Freiwilligenarmee bezeichnet werden, die ÖVP-Variante sieht andererseits mehr Berufssoldaten vor als das SPÖ-Modell.



Abbildung 1: Berufssoldatenanzahl, Quelle: profil, Nr. 39,2012.

5 Sachpolitische Auseinandersetzung oder parteipolitisches Kalkül?

Der Verdacht drängt sich auf, dass das Instrument der Volksbefragung von den beiden Koalitionsparteien als parteipolitische Abstimmung benützt wird und wahltaktische Überlegungen³ die sicherheitspolitischen Sachfragen überlagern. ÖVP und FPÖ üben für eine künftige Koalition.⁴ Auch in dieser Frage haben sie einen Konsens und eine gemeinsame wahltaktische Plattform gegen die SPÖ gefunden. Aus dieser Perspektive kann die Option für das SPÖ-Modell am 20.1.2013 auch ein Signal gegen Schwarz-Blau sein.

Die tatsächlichen Unterschiede bzgl. der Größe eines künftigen Heeres ergeben ein widersprüchliches Bild: Die ÖVP bringt zwar vehement Argumente gegen eine starke Profiarmerie in die Diskussion, verunglimpft Berufssoldaten in ihrer Kampagne als „Söldner“,⁵ zugleich sehen ihre Pläne mehr Berufssoldaten (16.000) vor als die Darabos-Modelle (8.500). Gleichzeitig warnt die ÖVP vor den hohen Kosten einer Berufsarmee, zugleich aber sind in ihrem Modell die Kosten höher (2 Mrd.) als bei dem Berufsheer-Modell der SPÖ (1,9 Mrd.). Würden man also die beiden Warnungen der ÖVP und der Wehrpflicht-Befürworter vor einer zu starken Professionalisierung einerseits – wie er plakativ mit dem Spruch „wir brauchen keine Söldner“ ausgedrückt wird – und höheren Kosten andererseits ernst nehmen, müsste man für das weniger Berufssoldaten intensive und günstigere SPÖ-Modell votieren.

Geht es der ÖVP aber wirklich um die Sicherheit Österreichs oder nicht viel mehr um Stimmungen, die mit dem Eintreten für eine vermeintliche militärische Sicherheit und das bestehende Bundesheer gemacht werden? Dazu passen Bilder: Der VP-Obmann mediengerecht im Gespräch mit Rekruten in Kampfuniform und bei einer Übungsannahme, wo Gebirgsjäger die Erstürmung eines Gebäudes durchführen. Das findet der Vizekanzler „cool“. Vor allem aber wird – bis hin zur Textierung des

³ Die Nationalratswahlen sind termingemäß für Herbst 2013 vorgesehen. Davor finden 2013 eine Reihe von Landtagswahlen statt.

⁴ Mit September 2012 liegen die ÖVP bei 21-24%, SPÖ bei 30%, FPÖ bei 20-23% der Stimmen laut Umfragen.

⁵ So auch der FPÖ-Chef Heinz Christian Strache bei einer Wehrpflichtdebatte im Parlament, wo er mit Blick auf die SPÖ-Option von einem „Söldnerheer“ sprach.

Volksbefragungstextes – der Zivildienst populistisch instrumentalisiert.

Organisationen, für die Zivildienstler früher „Drückeberger“ waren, treten nun für den Erhalt des Zivildienstes ein, um so die Wehrpflicht zu retten.⁶

Auf der anderen Seite sind auch Aussagen aus dem Bereich der SPÖ in sich widersprüchlich.⁷ So sieht das Darabos-Modell weniger Berufssoldaten vor, während das Personenkomitee zur Abschaffung der Wehrpflicht mit dem Slogan wirbt: „Wir brauchen mehr Profis!“

6 Wehrpflichtabschaffung kann zur Abrüstung beitragen

In den NATO-Ländern Frankreich, Spanien, Belgien und den Niederlanden sank seit dem Aussetzen der Wehrpflicht der Verteidigungsetat und wurden zugleich die Streitkräfte deutlich reduziert. So haben die Niederlande seit 1990 ihre Streitkräfte fast halbiert, von 104.000 Soldaten und einer Wehrpflichttrate von 45 Prozent im Jahr 1990 auf eine Sollgröße von 50.500 Soldaten im Jahr 2008. Damit verbunden war eine Halbierung des Anteils an Berufssoldaten und eine Verdoppelung des Bedarfs an Zeitsoldaten. Ähnliche Entwicklungen sind in Frankreich, Belgien und Spanien zu verzeichnen.

7 Kritik am SPÖ-Modell „Profi-Heer mit Miliz“

Im Unterschied zur ÖVP legte Darabos bereits Monate vor der Volksbefragung sein Konzept einer Freiwilligenarmee vor. Die Abschaffung der Wehrpflicht ist aus pazifistischer Sicht der größte Mehrwert im Konzept, auf das sich die SPÖ geeinigt hat und das zur Entscheidung vorliegt. In diesem Punkt verdient es Unterstützung. Zugleich ist der Text der Volksbefragung so gehalten, dass im SPÖ-Modell bewusst auf einen direkten Hinweis auf die Wehrpflicht verzichtet wird. Dies dürfte propagandistisch motiviert sein: Gegen etwas zu sein, bringt aus dem

⁶ Die Tiroler ÖVP affiziert im Landtagswahlkampf großflächig: „Zivildienst“!

⁷ Vgl. dazu: <http://www.spoe.at/page.php?P=101034>, abgerufen am 23.9.2012.

massenpsychologischen Blickwinkel nicht unbedingt stimmen. Wer vorgibt, für etwas zu sein, schafft sich mehr Sympathien. Hätte die SPÖ nur auf die Frage bestanden, wer gegen die Wehrpflicht ist, dann wäre diese Initiative von vorneherein zum Scheitern verurteilt gewesen. Mit der Frage, ob jemand für das Berufsheer und ein Freiwilligensystem ist, schafft sich die SPÖ automatisch mehr Wohlwollen in der breiten Bevölkerung.

Die eindeutige Schwäche des SPÖ-Konzeptes ist und bleibt, dass die SPÖ weiterhin für Sicherheits- und Katastrophenaufgaben auf militärische Mittel setzen möchte. Positiv ist das zumindest verbale Festhalten an der österreichischen Neutralität, wobei diese gerade durch die bloße Existenz eines Heeres permanent gefährdet oder verletzt wird.

Negativ ist die kritiklose Erwähnung, auch für kommende Auslandseinsätze besser = professioneller gerüstet zu sein. Dabei wird in der Diktion der SPÖ auf den Begriff „Battle Groups“ verzichtet. Man will allerdings genauso wie im bisherigen Wehrpflichtsystem mit 1.100 Mann dafür gerade stehen.

Mit dem Begriff „Profi-Miliz“ argumentiert die SPÖ, dass eine Einbindung des Heeres in die Bevölkerung gegeben sei. Außerdem wird die Profi-Miliz nicht für Auslandseinsätze vorgesehen. Dabei ist interessant, dass die Profi-Miliz mit 9.300 Soldaten höher ist als die geplante Zahl von Berufssoldaten.⁸ Damit wiederum ist der Milizgedanke im SPÖ-Modell prozentuell stärker als im ÖVP-Modell. Die Profimiliz ist im SP-Modell auch für den Katastrophenschutz vorgesehen. In diesem Bereich wurden unter Darabos bereits Vorarbeiten durch das Aufstellen einer „Versuchsmiliz“⁹ gestartet.

⁸ Laut Plänen soll Angehörige der Profimiliz eine jährliche Anerkennungsprämie von 5000 Euro bekommen, müssten innerhalb von 48 Stunden für Einsätze zur Verfügung stehen. Vorgesehen sind jährlich zwei bis drei Wochen Übungen, wobei aus den Unterlagen nicht klar hervorgeht, ob Milizsoldaten dafür noch zusätzliche Entschädigungen bekommen würden. Eine Rechnung geht davon aus, dass für die Profimiliz 100 Millionen Euro notwendig wären. Demgegenüber stehen Vollkosten für den Grundwehrdienst von 400 Millionen Euro, wenn darin Ausbildung, Verpflegung, Sold, Unterkunft sowie Pensionsbeiträge und Ausfälle von Beiträgen bei Lohnsteuer und Sozialversicherungen mitgerechnet würden.

⁹ Mit Herbst 2012 waren 2 Kompanien zu je 115 Soldaten geplant.

8 System alt oder: Kritik am ÖVP-Modell „Wehrpflicht neu“

Mit werbepsychologisch geschickten Begriffen will die ÖVP ihr Bundesheer-Modell „verkaufen“. „Wehrpflicht neu“ – das klingt wie „Omo neu“, klingt gut, weil suggeriert wird, neu sei eben besser als alt. Vielleicht ist nur die Aufschrift auf der Verpackung neu, der Inhalt im wesentlichen aber gleich. Tatsächlich müsste genauer mit Blick auf die ÖVP-Position gesagt werden: „System alt“, „Wehrpflicht-alt“ bleibt, „Bundesheer-alt“ bleibt, eben alt. Und mit „alt“ kann nicht geworben werden.

Ebenso positiv will der Begriff „Österreich-Dienst“ klingen. Wer will schon nicht dagegen sein, dass junge Männer ihren Dienst für Österreich leisten. Fast alle, die abstimmen, wird es ohnehin nicht betreffen. Alle über 19 verordnen eben jenen, die noch künftig wehrpflichtig sind, einen Dienst – selbst muss man es ja nicht tun oder hat es getan, und es ist doch dann nur gerecht, wenn's die anderen auch tun müssen. Ausgleichende Gerechtigkeit (?).

Mit ebenso positiven Argumenten wird nun geworben: Vor allem bräuchte man Grundwehrdiener für den Katastrophenschutz. Dabei kamen Grundwehrdiener kaum für solche Einsätze auf. Und was, wenn eine Krise wie damals in Jugoslawien sei?, fragt Landeshauptmann Plattner schicksalsschwer nach.¹⁰ Der Tiroler Landeshauptmann lässt keine Gelegenheit aus, um für die Wehrpflicht mit dem Katastrophenargument zu werben.

Das nach Darstellung der ÖVP noch unfertige Konzept eines "Österreichdienstes" sieht für die Wehrpflicht in Zukunft drei Säulen vor: jeweils fünf Monate Wehrdienst oder Katastrophendienst plus ein Monat Milizübungen, sowie ein Zivildienst mit der Dauer von neun Monaten. Auch der Katastrophendienst bliebe damit im Bereich des Militärischen. So würde in den ersten 7 Wochen eine gemeinsame Ausbildung stattfinden. In den folgenden zwei Jahren müsste bis zu einem Monat Milizübungen besucht werden – vorzugsweise an Wochenenden. Durchschnittlich würde dies rund 6000 Präsenz- und Katastrophendiener geben, das heißt rund 3000 für jede Seite.

¹⁰ So in einem TT-Interview am 25.9.2012.

Die Katastrophenhilfssoldaten hätten eine rund dreimonatige Ausbildung und Einsatzkapazität.

9 Die echte Alternative: Freiwilligendienste fördern und sichern

Wehrpflicht ist Zwang. Junge Männer werden vom Staat her gezwungen, in einer der wichtigsten Phase ihres Lebens – dann, wenn es um eine Berufs- bzw. Studienentscheidung geht – ein Jahr auszusetzen. Tatsächlich handelt es sich meist um ein Jahr, da ein schräges Einsteigen in ein Studium beispielsweise kaum möglich ist. Wer beispielsweise nach der Matura am 1. 10. einrückt, verliert ein ganzes Studienjahr, auch wenn der Grundwehrdienst nur 6 Monate dauert. Noch größere Verzögerungen könnte es beim neunmonatigen Zivildienst ergeben.

Ein Großteil von wichtigen und unentbehrlichen Aufgaben, die gegenwärtig von den Zivildienstleistenden erbracht werden, könnten durch ein finanziell und sozial abgesichertes System von Freiwilligendiensten erledigt werden. Solche Dienste wären weder an ein bestimmtes Geschlecht gebunden noch an eine bestimmte Altersstufe. Für junge Menschen könnten solche Freiwilligendienste auch eine wichtige Erprobungsphase für eine künftige Berufsentscheidung sein. Negative Begleiterscheinungen, die auch mit dem Zivildienst verknüpft sind, würden entfallen. Dazu zählt beispielsweise die Tatsache, dass in manchen Bereichen Zivildienstler als Billigstarbeitskräfte eingesetzt werden, wo es an notwendigen Fachkräften fehlt.

Das Modell „Bundesfreiwilligendienste“ in Deutschland zeigt, dass sich dort seit Aussetzung der Wehrpflicht wesentlich mehr Menschen zu den neuen Freiwilligendiensten meldeten, als Plätze vorhanden sind. Dies gilt auch für Freiwilligenmeldungen für die Bundeswehr.¹¹ In Österreich haben zahlreiche Organisationen viele Erfahrungen mit Freiwilligendiensten, die weiter entwickelt und aus den frei werdenden finanziellen Mittel des gegenwärtigen Militär- und Zivildienstetats gut finanziert werden könnten. Dabei ist es allerdings notwendig, dass zwischen Ehrenamt und bezahlten Freiwilligendiensten kein

¹¹ Stand November 2012: 35.000 Bewerber für 13.000 Stellen in der Bundeswehr; für die circa 30.000 Stellen im Bereich des zivilen Dienstes haben sich 50.000 beworben. . In: DER STANDARD, 14.11.2012.

Konkurrenzverhältnis entsteht bzw. dass jene Vielzahl an ehrenamtlichen Tätigkeiten nicht durch bezahlte Dienste zurückgedrängt würden.¹²

Das Modell von Sozialminister Hundstorfer des „Freiwilligen Sozialjahrs“ geht in diese Richtung: Es wäre offen für alle Männer und Frauen ab 18 bis zur Pension, würde mit 1.386 Euro brutto Pauschale 14x kollektivvertraglich entlohnt werden. Pro Jahr sollen 8000 Sozialjahr-Arbeitsplätze geschaffen werden. - gegenüber derzeit 9644 Zivildienern (auf Volljahresbeschäftigung hochgerechnet, ansonsten 13.500 Zivildienern). Die Differenz ist also geringfügig.¹³ Das Sozialjahr könnte auch z.B. auf die Berufsausbildung angerechnet werden oder für Aufnahmeprüfungen an Unis oder Fachhochschulen sowie beim Einstieg in den öffentlichen Dienst als Bonus verwendet werden. Die Finanzierung solcher Dienste könnte zum großen Teil aus dem gegenwärtigen Etat für den Zivildienst umgeschichtet werden, für den derzeit jährlich 142 Millionen Euro vorgesehen sind.¹⁴ Allerdings müssen laut Hundstorfer zu diesem Betrag noch 66 Millionen Euro hinzugerechnet werden, die durch den Entfall von Steuerleistungen dem Budget entgehen würden. Für das Hundstorfer-Modell wären 211 Millionen Euro aus dem Budget zu zahlen.¹⁵ Laut dieser Rechnung wäre das Sozialjahr-Modell von Hundstorfer also nicht teurer als das alte Zivildienstmodell und würde zudem mehr Effizienz bedeuten.

Von ÖVP-Seite wurde das Hundstorfer-Modell völlig abgelehnt. Es sei ein „Schlag ins Gesicht der Ehrenamtlichen“¹⁶, meinte der ÖVP-Generalsekretär. In Sorge waren weiters Rettungsorganisationen, weil sie meinten, damit würde zuwenig Nachwuchs für kommende Freiwillige rekrutiert.

¹² Beispielsweise das Freiwillige Soziale Jahr, das seit 45 Jahren durchgeführt wird. Derzeit erhalten junge Menschen, die sich am FSJ beteiligen, monatlich ein Taschengeld von 220 Euro.

¹³ Mit Stand von Presseberichten vom 16.11.2012. Information von Innenministerin Mikl-Leitner, in: DER STANDARD, 17.11.2012.

¹⁴ Im Jahr 2010 gab es rund 12.000 Zivildienern. Für 2012 wurden unterschiedliche Zahlen angegeben. Sie reichen von 9600 bis 13.500. Dabei wurden pro Zivildienern monatlich rund 1300 Euro aus dem Budget bezahlt. Diese Zahl ist jedoch aufgrund geburtenschwacher Jahrgänge deutlich rückläufig, wodurch sich auch die bestehende Zivildienstzahl bei Beibehaltung der Wehrpflicht nicht halten ließe.

¹⁵ Die Grünen haben beispielsweise vorgerechnet, dass für die Eurofighter jährlich bis zu 250 Millionen Euro ausgegeben werden.

¹⁶ In: TT, 16.11.2012.

Das Grüne Modell „Freiwilliger Zivildienst“ entspricht in den Grundzügen dem Konzept von Sozialminister Hundstorfer.¹⁷ Von Seiten des Österreichischen Roten Kreuzes wurde befürchtet, dass mit Wegfall des Zivildienstes eine wichtige Rekrutierungsmöglichkeit für künftige Freiwillige wegfallen würde. Dagegen kann aber argumentiert werden, dass genauso Menschen, die das Freiwillige Sozialjahr gemacht hatten, sich für ein weiteres ehrenamtliches Engagement entscheiden könnten.

Gegenüber den SPÖ-Modellen gilt es jedoch festzuhalten: Ein Junktim von Freiwilligendiensten und Berufsarmee muss nicht sein. Im Gegenteil: Freiwilligkeit und beispielsweise Soziales Jahr wären genauso denkbar ohne freiwillige Militärdienste und Berufssoldaten.

Zugleich könnte durch gesetzliche und finanzielle Maßnahmen in vielen Bereichen die Freiwilligendienste – wie Gedenk-, Auslands- oder Friedensdienste – gefördert werden. Die finanziell einfachste Lösung zur Förderung der Freiwilligenarbeit wäre die Schaffung eines erwerbsunabhängigen Grundeinkommens, wie es beispielsweise die Katholische Sozialakademie Österreichs seit vielen Jahren fordert.

10 Zivildienst als Erfolgsmodell ? oder: bezahlte Fachkräfte statt Zwangsverpflichtete

Rund ein Drittel der österreichischen Wehrpflichtigen leistete mit Herbst 2012 den neunmonatigen Zivildienst als Wehrrersatzdienst. Um diesen Dienst zu erhalten, befürworteten viele die Fortsetzung des Wehrpflichtsystems, was sich auch in der Fragestellung von ÖVP/FPÖ ausdrücklich findet. Es ist allerdings ein falscher Ansatzpunkt, wenn über die Schiene Zivildienst eine sicherheitspolitische Entscheidung getroffen werden soll. Welche Art von Sicherheitssystem Österreich braucht, kann nicht abhängig sein von der Frage, ob wir einen Zivildienst brauchen

¹⁷ Vgl. zum Modell der Grünen: <http://www.gruene.at/index.php?id=113834>, abgerufen am 23.9.2012.

oder nicht. Unabhängig von der sicherheitspolitischen Diskussion können wir argumentieren, dass die herkömmliche Form des Zivildienstes nicht notwendig ist für ein funktionierendes Gesundheits- und Sozialsystem in Österreich. Es gibt viele Argumente, die für einen Ersatz des Zivildienstes im Falle des Wegfalls von der Wehrpflicht sprechen.

Ein Teil von Diensten, die gegenwärtig von Zivildienern erledigt werden, könnte durch die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen im Sozial- und Gesundheitsbereich substituiert werden, was eine Professionalisierung dieser Dienstleistungen bewirken würde zugunsten von jenen Menschen, die dieser Dienste bedürfen. Zwangsdienste wären hingegen auch im Widerspruch zum Grundrecht der Freiheit von Zwangsarbeit.

Viele Befürworter eines Wehrpflicht-Zivildienstmodells sind nicht bereit, für ein ausreichendes Sozialsystem zu sorgen und wollen lieber zwangsverpflichtete 18-Jährige als fair bezahlte und gut ausgebildete Fachkräfte. Dies passt zu einer Entwicklung, in der unbezahlte Praktika und Schnupperlehren enorm zugenommen haben, anstatt klare arbeitsrechtliche Verhältnisse einzufordern. Nicht richtig wäre es, wenn Trägerorganisationen und Zivildiensteinrichtungen die Institution Zivildienst für ihre Eigeninteressen benützen würden.¹⁸

11 Der Katastrophenschmäh oder: Katastrophendienste neu und besser organisieren

Die Wehrpflichtbefürworter argumentieren, man bräuchte ein starkes Heer, um in Katastrophenfällen genügend Männer zu haben. Ohne Wehrpflichtheer, so die Angstmache, würden im Ernstfall – bei Überschwemmungen, Vermurungen, Lawinenunglücken etc. zu wenig Einsatzkräfte vorhanden sein.

¹⁸ In dieser Hinsicht ist auch eine Erklärung des Roten Kreuz zu verstehen: „Der Zivildienst ist ein Erfolgsmodell und soll beibehalten werden.“ Zit. in: DER STANDARD, 21.9.2012.

Dagegen gilt: Das Aufgabengebiet Katastrophenschutz zählt nicht zum Kernbereich des Militärischen. Eine Armee ist keine freiwillige Feuerwehr. Katastrophenschutz kann von zivilen Einrichtungen – beispielsweise den Feuerwehren – besser und kostengünstiger organisiert werden. Motto: Für das Sandsäcke-Tragen braucht es keine Ausbildung mit der Waffe, für den Hochwasserschutz sind Panzer ungeeignet.

Aus demokratiepolitischer Sicht ist es zugleich bedenklich, wenn der Aufgabenbereich Katastrophenschutz ganz zentral zum Aufgabenprofil des Militärs gerechnet wird. Selbst in Österreich ist laut herrschendem Recht das Militär für Katastrophenhilfe lediglich auf Antrag des Innenministeriums bzw. des Bundeskanzleramtes für Assistenzleistungen berechtigt. Insofern wäre es sinnvoller, den Bereich Katastrophenschutz ganz im Innenministerium und/oder Bundeskanzleramt anzusiedeln und ihm dafür entsprechende Mittel und Infrastruktur – aus den Mitteln des Militärs – zur Verfügung zu stellen.

Ein Blick zurück entlarvt die Propaganda, man bräuchte unbedingt ein Heer für Katastrophenfälle: Die Zahlen, die das Verteidigungsressort zu den vergangenen fünf Jahren vorgelegt hat, relativieren jedenfalls Befürchtungen dieser Art.¹⁹ Demnach waren in diesem Zeitraum nämlich nur 1400 Grundwehrdiener tatsächlich in einem Katastropheneinsatz, was etwa 6,3 Prozent entspricht. Oder anders ausgedrückt: 93,7 Prozent der Rekruten bekamen während ihres Wehrdienstes keine Katastrophe aus der Nähe zu sehen. In 90% der Fälle rückt in Österreich – obwohl es eine Wehrpflichtarmee gibt und propagandistisch genützt werden könnte – bei Katastrophenfällen nur die Feuerwehr aus.

Bei der Konversion des Heeres können militärisches Personal und Infrastruktur teilweise für Aufgaben im Bereich des Katastrophenschutzes genützt werden. Ein wesentlicher Teil der Unwetterkatastrophen ist bedingt von den klimatischen Veränderungen. Gerade militärische Apparate haben aber einen riesigen ökologischen Fußabdruck. Militärabschaffung fällt daher in den Bereich der Katastrophenprävention.

Die Befürworter einer Freiwilligenarmee argumentieren hingegen mit pragmatischen Argumenten ganz auf der Linie des bisherigen Konzeptes: Auch die künftige

¹⁹ Vgl. DER STANDARD, 4.3.2012.

Freiwilligenarmee würde den Katastrophenschutz übernehmen - jedoch wesentlich effizienter. 12.500 Mann würden weiterhin für den Katastrophenschutz zur Verfügung stehen.

12 Sicherheitslage erfordert neue Wege: Wehrpflichtabschaffung aus sicherheitspolitischen Erwägungen

Eine neue Sicherheitsstrategie soll die noch gültige Verteidigungsdoktrin aus dem Jahr 2001 ersetzen. Sie liegt vor, wurde jedoch noch nicht vom Parlament beschlossen.²⁰ Ein Kernsatz lautet, dass sich „... die aktuellen und absehbaren Rahmenbedingungen für die Sicherheit Österreichs und der Europäischen Union ... grundlegend von jenen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts“ unterscheiden. Wichtigster Unterschied zu früher: „Konventionelle Angriffe auf Österreich sind bis auf Weiteres unwahrscheinlich ...“ Hingegen gebe es globale „Herausforderungen, Risiken und Bedrohungen“, von denen Österreich und die EU betroffen seien. Genannt werden u.a. instabile Regionen und Staaten, verwundbares Nuklearmaterial, Menschen- und Drogenhandel, Naturkatastrophen und die Gefährdung der Umwelt, der Nahrungs-, Wasser- und Energieversorgung; relevante Infrastruktur muss vor Angriffen aus dem Internet oder terroristischen Anschlägen geschützt werden.

Jene, die vor einem sicherheitspolitischen Vakuum warnen, wenn das heimische Militär schrumpft und nicht jeder Mann gelernt hat, wie „Mann“ eine Waffe bedient, sollten von den tatsächlichen Bedrohungsbildern ausgehen, wie sie in den jüngsten sicherheitspolitischen Schubladenpapieren der Parteien genannt wurden.²¹ Die SPÖ antwortet mit Blick auf diese Entwicklungen mit dem Hinweis, dass es für diese Bedrohungsbilder keine Wehrpflicht mehr brauchen würde sondern ein professionelles Heer mit ausgeprägten Milizkomponenten. Heinz Gärtner folgert

²⁰ Vgl. dazu: Gärtner Heinz: Die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen, in: Tiroler Tageszeitung, 15.10.2012,14.

²¹ Die neue sicherheitspolitische Strategie wurde zwar dem Parlament vorgelegt, von diesem jedoch noch nicht beschlossen.

daraus: „Keines dieser Probleme kann mit traditionellen Massenarmeen gelöst werden.“ Die ÖVP hält hingegen ungeachtet solcher Rahmenbedingungen am Konzept der Wehrpflicht fest. Es wären allerdings auch nicht-militärischen Antworten auf diese Bedrohungsbilder möglich.

Das Bedrohungsbild Terrorismus erfordert zunächst eine präventive Außenpolitik, die dem Terror keinen Nährboden mehr liefert, und bedeutet in der Abwehr vor allem Anstrengungen im Bereich der inneren Sicherheit. Was von Offiziersseite als neues Aufgabenfeld gesehen und als „Heimatschutz“ bezeichnet wird – beispielsweise Schutz vor terroristischen Anschlägen – muss als Aufgabenfeld der Polizei definiert werden.

Cyberwar-Attacken können nicht mit militärischen Systemen abgewehrt werden, sondern verlangen die Expertise von zivilen Fachleuten im IT-Bereich und vor allem eine Umkehr von der massiven Tendenz, sich mehr und mehr von den modernen Technologien abhängig zu machen.

Das Bedrohungsbild Angriff auf sensible wirtschaftliche Einrichtungen, wie Energieversorgungszentren, sollte dazu führen, eine dezentrale und möglichst autarke Wirtschaftsweise zu fördern, die auch den Cyberwar-Attacken und terroristischen Angriffen weniger Angriffsflächen bietet.

Bleibt noch die Frage, wie künftige Staatsbesuche ablaufen werden. Eine militärische Ehrenformation wird nicht mehr abgeschritten werden, was jedoch zugleich eine wichtige politische Signalwirkung haben könnte. Vielleicht werden Abordnungen von Kindern mit Friedenssymbolen die Staatsgäste empfangen.

Gegenüber den vom Staat kolportierten Bedrohungsszenarien gilt es aber vor allem festzuhalten: Die Bedrohungen und Risiken unserer Zeit liegen in den Folgen von Klimawandel, sozialer Ungerechtigkeit und in der Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen. Angesichts solcher Bedrohungen sind militärische Maßnahmen kontraproduktiv.

Die von SPÖ-Seite in Option 1 geplante Umstellung auf eine Freiwilligenarmee geschieht jedenfalls nicht, wie Wehrpflichtbefürworter – auch aus friedensbewegter

Seite – behaupten, um effizienter für neue militärische Aufgabenfelder wie Out-of-Area-Missionen gerüstet zu sein. In dieser Argumentation wird die Ursache mit der Wirkung vertauscht. Die Ursache für diese Umstellung erfolgt unabhängig vom Wehrsystem und liegt in den sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen verbunden mit neuen Kriegstechnologien. Die Zeit der Massenarmeen für eine Raumverteidigung, wie sie bis zum Ende des Kalten Krieges die österreichische Verteidigungsdoktrinen bestimmte, ist längst überfällig.

13 Militärfreiheit und Neutralität vertragen sich, Kriegsfähigkeit und Neutralität widersprechen sich

Gegner des SPÖ-Modells und Befürworter der Wehrpflicht argumentieren, dass die Abschaffung der Wehrpflicht verbunden mit der Art und Weise, wie im SPÖ-Modell eine Profi-Armee vorgesehen ist, eine NATO-Integration vorantreiben würde und die österreichische Neutralität noch mehr gefährden würde. Dabei wird daraufhin gewiesen, dass die meisten EU-Länder mit Berufswehr bzw. ohne Wehrpflicht auch NATO-Mitglieder seien.

Dagegen gilt erstens, dass es auch EU-Staaten ohne Wehrpflicht gibt, die bündnisfrei oder neutral sind. Dazu zählen Schweden und Irland. Andererseits gibt es Wehrpflichtstaaten wie Griechenland, die Türkei, Estland, Norwegen und Dänemark, die Mitglieder des NATO-Paktes sind. Das heißt: Es gibt keinen zwingenden Zusammenhang zwischen Wehrpflicht und einer Zugehörigkeit zur NATO. Prinzipiell ist das Wehrsystem unabhängig von Bündnismitgliedschaft und Neutralität.²²

Zweitens ist eine schleichende NATO-Integration in den vergangenen Jahrzehnten auch unter Wehrpflichtbedingungen geschehen. Von Beginn an hat das Österreichische Bundesheer neutralitätswidrige Aktionen gesetzt – erinnert sei an die Zeit des Kalten Krieges, wo Österreich für die NATO-Spionageabwehr mit der Goldhaube wichtige Dienstleistungen erfüllte. Heute zeigt es sich, dass mit oder ohne

²² So der österreichische Sicherheitsexperte Heinz Gärtner.

Wehrpflicht das Bundesheer umorientiert wird auf eine Kompatibilität mit der im Aufbau befindlichen EU-Armee. Damit werden die Kernelemente der völkerrechtlichen Neutralität unterlaufen.

Ohne eigene Armee könnte sich Österreich andererseits gar nicht kriegerisch an fremden Kriegen beteiligen. Daraus folgt: Nicht eine unbewaffnete Neutralität ist völkerrechtswidrig, sondern die faktische Umsetzung der österreichischen Militärpolitik. Es gilt die Formel: Je weniger Militär, desto weniger Neutralitätsgefährdung!

Auch der Blick in die Schweiz kann in diesem Fall nützlich sein. Die größte antimilitaristische und pazifistisch orientierte Organisation in der Schweiz, die GSOA, tritt für die Abschaffung der Wehrpflicht eintritt, wissend, dass damit unter den realen Bedingungen eine Freiwilligenarmee kommen würde.

14 Wehrpflicht ist keine Garantie gegen Kampfeinsätze des österreichischen Militär im Ausland

Zunächst muss bei diesem Argument klar unterschieden werden, auf welche Art und Weise österreichische Soldaten im Ausland tätig sind oder tätig sein sollten. Peacekeeping-Einsätze unter dem Mandat der Vereinten Nationen sind anders zu bewerten als Battlegroup-Einsätze im Rahmen der EU oder in Anbindung an die NATO. Im Herbst 2012 waren rund 1200 österreichische Soldaten in ausländischen Missionen tätig. Darunter 494 Soldaten im Rahmen der Nato-geführten internationalen Schutztruppe Kfor und 310 Soldaten bei der Bosnien-Friedensmission Eufor-Althea. In Afghanistan waren 3 Österreicher als Stabsoffiziere tätig. Wer sich heute unter den Bedingungen der Wehrpflichtarmee für Auslandseinsätze meldet, macht dies jetzt schon freiwillig bzw. auf einer professionellen Basis. In dieser Hinsicht gibt es daher keine gravierenden Unterschiede zwischen einer Wehrpflicht- und einer Freiwilligenarmee. Grundwehrdiener sind aus mehreren Gründen ungeeignet für Auslandseinsätze.

Gegner der Wehrpflichtabschaffung warnen jedoch, dass eine Freiwilligenarmee die

Ausrichtung auf eine Interventionsfähigkeit im Sinne von Peace-Enforcement-Einsätzen beschleunigen würde. Vor allem linke Friedensgruppen argumentieren, dass durch das Festhalten an der Wehrpflicht die Anpassung des heimischen Heeres an die EU-Verteidigungsarchitektur auf dem Weg von Battlegroups verhindert werden könnte.²³ Doch schon unter den real-existierenden Bedingungen der Wehrpflichtarmee geschieht der Umbau der Streitkräfte auf Interventionsfähigkeit. Ob Berufs- oder Zeitsoldaten oder freiwillig Verlängerte ... die Verpflichtung für Auslandseinsätze ist auch jetzt schon gegeben.

Wenn Grundwehrdiener für Katastropheneinsätze oder militärische Sicherung im Inland dienen müssen, dann kann ein Berufsheeranteil der Wehrpflichtarmee auch leichter für Auslandsmissionen abkommandiert werden. Tatsächlich warnte der leidenschaftliche Wehrpflichtbefürworter Generalstabschef Entacher mit dem Argument, dass eine Berufssarmee „die außenpolitischen Möglichkeiten“ einschränken würde.²⁴

Der Aufbau einer schlagkräftigen EU-Armee für Interventionseinsätze geht ungebrochen voran. Dies geschah in den vergangenen Jahren jedoch unabhängig von der Frage ob Wehrpflicht- oder Berufsheersystem. Das bisherige Wehrpflichtsystem hat nicht verhindert, dass sich die österreichische Armee mehr und mehr unter Verletzung von neutralitätsrechtlichen Bestimmungen auf internationale Kriegseinsätze hin orientiert hat. Mit oder ohne Wehrpflicht hat sich die Bundesregierung zur Beteiligung an den EU-Battlegroups entschieden und wurde zuvor das nötige Bundesverfassungsgesetz geschaffen. Die immerwährende Neutralität Österreichs mit ihren drei Grundpfeilern – Nichtbeteiligung an Kriegen, militärische Bündnisfreiheit und Verbot der Stationierung fremder Truppen auf heimischem Territorium – könnte am verlässlichsten ohne eigenes Militär realisiert werden.

²³ So beispielsweise die Stellungnahme der Solidarwerkstatt in Linz. Dies dürfte auch der Grund sein, warum sich die KPÖ gegen eine Beteiligung an Abstimmung zur Volksbefragung ausgesprochen hatte.

²⁴ „Mehr als die Hälfte unserer Soldaten im Ausland kommt aus der Miliz oder Reserve. Die anderen sind Berufssoldaten – eine seit 52 Jahren geübte Praxis. Wir haben derzeit 1300 bis 1500 Mann im Auslandseinsatz. Kommt das Berufsheer, sinkt diese Zahl in kurzer Zeit um die Hälfte, weil der Milizanteil wegfällt. Das bedeutet eine Einschränkung unserer außenpolitischen Möglichkeiten.“ In: profil 38, September 2012. Ähnlich auch die Argumentation von General Entacher in der ORF-Fernsehsendung „Im Zentrum“ am 28. 10. 2012.

15 Wehrpflicht schützt nicht vor einem demokratiegefährdenden Missbrauch des Militärs und bedeutet keine Zivilisierung der Gesellschaft

Stimmt die These, dass eine Freiwilligenarmee „leichter“ für „partikulare Interessen“ instrumentalisiert werden könnte als eine Wehrpflichtigenarmee? Stimmt es, dass durch Wehrpflichtige das Militär „gezähmt“ würde? Unermüdlich wird dieses Argument wiederholt – meist mit Blick auf die Situation in Österreich 1934.²⁵ Damals haben Berufssoldaten auf Arbeiter geschossen. Dieses Ereignis ging als Trauma in die Geschichte der sozialistischen und sozialdemokratischen Bewegungen in Österreich ein. Im Nachhinein kann jedoch auch gefragt werden: Hätte eine Wehrpflicht diese Aktion der Berufsarmee verhindern können? Es bleibt jedenfalls eine Behauptung, sicherlich aber kein Beweis dafür, dass mit Wehrpflicht ein Schutz vor Militärmissbrauch gegeben sei. Weiters wird dadurch weder mitbedacht, dass die Hauptschuld bei der Regierung Dollfuß gesehen werden muss und dass anfangs der Polizei und der Gendarmerie der Befehl für den Angriff gegeben wurde, der von der Heimwehr unterstützt wurde.

Der wiederholte Hinweis auf dieses Ereignis macht die These, dass mit Wehrpflicht eine Demokratiegefährdung durch das Militärs oder dessen Einsatz gegen eigene Bevölkerungsteile verhindert werden könnte, nicht richtiger. Eine Gegenthese zeigt der Blick auf die Wehrpflicht-Landkarte. Beispiel Türkei: Zweifelsohne ein Land mit einer starken Wehrpflichtkomponente. Zugleich ist die Türkei jener Staat, wo in jüngster Zeit besonders häufig militärische Staatsstriche stattgefunden hatten. Die Wehrpflicht hat wohl nicht dazu beigetragen, dass in Militärgefängnissen weniger gefoltert worden ist. Amnesty international und andere Menschenrechtsgruppen haben in den vergangenen Jahrzehnten bis zum heutigen Tag junge Männer in

²⁵ In diese Richtung tendieren einige „linke“ Organisationen, die daher an der Wehrpflicht festhalten wollen. So beispielsweise die KPÖ oder die Vereinigung Demokratischer Soldaten (VDSÖ). Dessen stellvertretender Obmann Josef Baum wies auf die demokratiepolitisch bedenklichen Aspekte hin, „die Lektion aus dem Jahr 1934 hat man hoffentlich gelernt. Dennoch besteht die Gefahr, dass ein Freiwilligenheer zum Sammelbecken für demokratiefeindliche Kräfte werden könnte.“

Schutz genommen, die in der Türkei Opfer der Wehrpflicht geworden sind.²⁶ Wer war in den kurdischen Gebieten im Einsatz? Wehrpflichtige haben nicht verhindert, dass kurdische Dörfer niedergebrannt worden sind. An den Vergewaltigungen waren auch Wehrpflichtige beteiligt. Es wäre ein nationalistischer Chauvinismus, wenn behauptet würde, dass dies eben die Türkei ist und dass wir ÖsterreicherInnen so anders seien, so etwas nicht täten. Es liegt nicht an der Nationalität. Es liegt auch in militaristischem Denken – und in vielen Fällen sind es Berufssoldaten, die gerade wegen ihrer Professionalität im Umgang mit Gewaltsituationen einen „kühleren Kopf“ bewahren als In-den- Krieg-Gezwungene.

Nirgendwo lässt sich eine pazifizierende Wirkung einer Wehrpflichtarmee behaupten. Das Argument, dass durch die wehrpflichtbedingte Verankerung eines Heeres in einer Bevölkerung weniger leicht eine Armee missbräuchlich zum Einsatz käme, stimmt einfach nicht mit Blick auf vergangene oder gegenwärtige Kriegssituationen. Dem Argument, dass Profi-Soldaten „skrupelloser“ wären als Wehrpflichtige und Milizionäre, muss mit Blick auf die vielen Kriege in Geschichte und Gegenwart widersprochen werden. Die „Professionalität“ von Soldaten zeigt sich vielmehr immer wieder darin, dass sie in kriegerischen Extremsituationen nicht so leicht einem nationalistischen Bluttausch unterliegen.

16 Die „g’sunde Watschn“ oder: Wehrpflicht ist keine Schule einer friedlichen Nation

²⁶ Ein Beispiel: Am 12. September wurde İnan Süver bei einer Routineausweiskontrolle im Istanbuler Bezirk Bağcılar festgenommen. Der erneuten Festnahme war die Bestätigung seiner Verurteilung zu einer fünfmonatigen Haftstrafe vorausgegangen, bei deren Verkündung er nicht anwesend war. Diese Haftstrafe wurde gegen ihn verhängt, weil er im April 2011 aus dem Krankenhaus geflüchtet war, während er eine weitere Haftstrafe wegen Verweigerung des Militärdienstes verbüßte. İnan Süver hatte 2009 in einem Brief an die Militärbehörden offiziell erklärt, dass er den Militärdienst aus Gewissensgründen und tiefster Überzeugung verweigere. Am 26. November 2010 wurde İnan Süver von den Militärbehörden für "untauglich" erklärt und muss deshalb seither keinen Militärdienst mehr ableisten. Laut eigenen Angaben wird İnan Süver jedoch bereits seit 2001 wegen der Verweigerung des Militärdienstes bestraft. Er gilt als gewaltloser politischer Gefangener, der sich allein deshalb in Haft befindet, weil er den Militärdienst aus Gewissensgründen verweigert. Quelle: <http://amnesty.de/urgent-action/ua-175-2010-6>, abgerufen am 22.10.2012.

Hartnäckig hält sich das Argument, die Jugendlichen würden beim Bundesheer (endlich) wichtige Werte wie Disziplin oder Kameradschaft lernen.²⁷ Der Grundwehrdienst würde auch zur Integration beitragen.²⁸

Diese Argumente mögen teilweise ihre Berechtigung haben. Zwei Argumentationslinien sprechen jedoch dagegen. Im Rahmen des Grundwehrdienstes werden auch andere Werte vermittelt als Disziplin, Pünktlichkeit, Ordnung oder Kameradschaft. Die Zwangsrekrutierung dient vornehmlich dazu, dass möglichst viele männliche Bürger auf eine bestimmte Art und Weise der gewaltsamen Konfliktlösung indoktriniert werden. Als oberstes Ziel wird im Soldatenhandbuch 2011 für die Ausbildung die „Feldverwendungsfähigkeit“ des Rekruten genannt.²⁹ Das Tötungstabu muss gebrochen werden, wenn 18-Jährige zu Beginn der Grundausbildung lernen, auf Pappkameraden zu schießen. Welches Gesellschaftsmodell steckt weiters hinter einer militärischen „Erziehung“? Nach wie vor gilt als Leitbild die Unterordnung unter eine Befehlskette. Befehlsverweigerung ist strafbar. Wehrpflichtige werden gezwungen, das Kriegshandwerk zu erlernen. Dieser Zwang ist mit einer freiheitlichen Gesellschaft nicht vereinbar.

Zweitens ist zu bedenken, wo das Erlernen grundlegender Werte und demokratischer Grundhaltungen wirklich erfolgen soll. Hier sind die primären Erziehungseinrichtungen das Familienhaus und die Schule oder der Lehrplatz. Aus einer Genderperspektive gilt es, das Argument der Erziehungsfunktion auf folgende Weise zu hinterfragen: Sind Frauen prinzipiell weniger „erzogen“, weil sie nicht durch die Schule des Bundesheeres gegangen sind? Haben Untaugliche eine schlechtere Erziehung usw. Fakt ist allerdings, dass gerade „sanfte“ Burschen nicht den Weg

²⁷ Z.B. bemühte Landeshauptfrau Gabi Burgstaller das Disziplinierungsargument: „Bundesheer oder Zivildienst würde den jungen Männer gut tun.“ (5.10.2012)

²⁸ So auch Bundespräsident Heinz Fischer: „Ich bin schon beeindruckt, wie hier Menschen aus den unterschiedlichsten sozialen Schichten mit dem unterschiedlichsten konfessionellen Background an einem gemeinsamen staatspolitischen Ziel arbeiten.“ Zit. in: TT, 7.10.2012. Ebenfalls die Argumentation von Bgrd. Ambros Eigentler, dem Präsidenten der Offiziersgesellschaft Tirol.

²⁹ „Der Zweck des Grundwehrdienstes ist • die Ausbildung für den Einsatz, • die Einsatzbereitschaft der Präsenzkräfte, • die qualitativ und zahlenmäßige Aufstellung der Einsatzverbände (damit wird eine Mobilmachung erst möglich), • die Gewinnung des Kadernachwuchses (Berufs- und Milizsoldaten), ...“ Aus dem Soldatenhandbuch 2011, in: http://www.bundesheer.gv.at/info_werbematerial/soldat/pdf/soldat2011_web_2.pdf, abgerufen am 13.10.2012.

zum Bundesheer wählen, sondern lieber Zivildienst leisten. Umgekehrt muss daher gefragt werden: Werden nicht harte Durchsetzungsstrategien gerade im Grundwehrdienst gefördert?³⁰

17 Die Kostenfrage und die Notwendigkeit der Umverteilung oder: Friedensdividende

Gegner des Darabos-Modells argumentieren, das eine Freiwilligenarmee wesentlich kostspieliger sei als ein System auf der Basis der Wehrpflicht. Dagegen sprechen jedoch etliche Argumente.

- a) Es gilt der Beschluss, Reformen nur so weit vom Gesamtbudget her zu planen, als sie kostenneutral sind. Laut budgetären Vorgaben dürfte eine Abkehr von der Wehrpflichtarmee keinesfalls teurer kommen.
- b) Diese Gefahr besteht aus mehreren Gründen nicht. Erstens werden durch den Wegfall des Wehrpflichtsystems neue Mittel und auch finanzielle Ressourcen frei, die jetzt durch die Ausbildung der Grundwehrdiener gebunden sind.
- c) Aus antimilitaristischer Sicht gilt vor allem das Argument, dass es besser ist die Aufgaben des Militärs einzuschränken, statt sie auszuweiten.
- d) 0,27% des BNE trägt derzeit die Entwicklungshilfe des österreichischen Staates. 0,7% müssten es sein. Die direkte Entwicklungshilfe beträgt derzeit 90 Millionen Euro und soll noch bis 2014 auf 60 Millionen gekürzt werden. Sieben Mal mehr, nämlich an die 450 Millionen Euro, kostet den Staat Österreich derzeit das Wehrpflichtsystem mit Ausbildung, Verpflegung und Entgang von Sozialleistungen.

Angesichts des Hungers in der Welt ist es ein Skandal, dass unvergleichlich mehr für Rüstung und Militär als für den Kampf gegen Hunger und Krankheiten und fehlende Bildungsmöglichkeiten ausgegeben wird. Abschaffung des Militärs würde Phantasien und Geld für wirklich

³⁰ So schreibt der Politredakteur Gernot Bauer: „Die wilderen Burschen verpflichteten sich als einjährig freiwillige, die sanfteren wählten den Zivildienst. Die Pragmatiker rückten als Grundwehrdiener ...“ In: profil 38, September 2012.

friedensfördernde Investitionen frei machen.

18 Auch keine Berufsarmee – weder auf Basis des Wehrpflichtsystems noch einer Freiwilligenarmee

Die oben angeführten Argumente gegen ein Wehrpflichtsystem und damit gegen eine Wehrpflichtarmee treffen im wesentlichen auch auf eine Berufsarmee zu. Im Kern ist schon das real existierende Bundesheer eine Profiararmee mit rund 16.000 Berufssoldaten, um das sich wie ein schützender Speckgürtel zunächst die freiwillig Verlängerten und außen die Wehrpflichtigen angelagert haben. In der militärischen Hierarchie entscheidend ist der Berufskader. Wenn also die ÖVP und mit ihr die Wehrpflicht-Zivildienst-Befürworter gegen ein Berufsheer votieren, dann betrifft dies auch ihren eigenen innersten Kern – womit die ÖVP/FPÖ-Argumentation in sich unglaubwürdig ist.

Wer die demokratiepolitisch gefährliche Seite einer Berufsarmee anspricht, darf nicht übersehen, welche Macht auch das heimische Militär in unserer Gesellschaft hat – und wie es bereits jetzt schon missbräuchlich verwendet werden könnte. Was wäre beispielsweise, wenn rechtsnationalistische Kräfte wirklich in Regierungsfunktionen kämen? Ist es nur Zufall, dass die FPÖ an vorderster Front der Wehrpflichtverteidiger steht? Das Militär ist zunächst und per Verfassung ein Instrument des Staates. Regierung und Parlament entscheiden über den Einsatz der Armee. In einem wirklich demokratischen und liberalen Staat muss daher die Bevölkerung eine Armee nicht fürchten. Das Problem ist jedoch ein Staat, der repressiv gegen die Bevölkerung oder Bevölkerungsteile ist. In diesem demokratiepolitischen Grundsatz liegt auch der Schlüssel. Entscheidend ist die Frage nach den politischen Machtverhältnissen in einem Land und nicht jene des Wehrsystems.

Wer zu Recht die höchst bedenklichen Einsatzpläne einer Berufsarmee kritisiert – wie Angriffskriege aus wirtschaftlichen Interessen – muss zugleich wahrnehmen, dass bereits die gegenwärtige Wehrpflichtarmee auf diese Angriffsszenarien geschult wird. Solche Einsätze werden allerdings mit einem Wehrpflichtsystem noch leichter möglich sein, weil dann können die militärischen Amateure an der Heimatfront tätig

sein – vom Objektschutz bis zum Katastrophenschutz, während die Profis in fernen Ländern kämpfen können.

Als weiteres Argument gegen ein „Berufsheer“ führen Wehrpflichtbefürworter gerne an, dass etliche „verkrachte Existenzen“ oder zwielichtige, gewaltbereite Menschen sich für einen Dienst in der Armee bewerben würden. Dies geschieht mit dem Unterton: Vernünftige Menschen würden doch nicht zur Armee gehen. Zum einen ist dies eine Beleidigung gegen die Berufssoldaten, die jetzt schon ihren soldatischen Dienst leisten. Vor allem aber kann dagegen gehalten werden: Jederzeit hat eine Armee die Möglichkeit – wie schon jetzt – genaue psychologische Tests durchzuführen, um herauszufinden, wie geeignet jemand für einen soldatischen Dienst wirklich ist.

19 Ohne Wehrpflicht – ein Staat mit neuen Möglichkeiten

Die Befreiung vom Kriegsdienstzwang wird eine Politik beenden, in der versucht wurde, alle jungen Männer auf gewalttätige Konfliktlösungsmuster festzulegen. Die Wehrpflichtabschaffung kann dazu beitragen, dass in allen Bereichen – privat wie öffentlich – nicht mehr auf die Karte der Gewalt gesetzt wird und gewaltfreie Konfliktstrategien eingeübt werden. Wenn es keine Wehrpflicht mehr gibt, können jene nichtmilitärischen Konzepte und Ideen mehr Platz bekommen, die durch eine Fixierung auf gewaltsame Modelle in den Hintergrund gerückt wurden. Es ist eine Zukunft, in der Männer und Frauen ausgebildet werden, Kriegsursachen zu beseitigen, und trainiert werden, wie im „Ernstfall“ ohne Waffengewalt Verteidigung geschehen kann, wie Feinde zu Freunden werden können, wie Versöhnung geschehen kann. Es ist eine Zukunft mit einer Fülle an freiwilligen Diensten, die staatlicherseits gefördert und teilweise finanziert werden – gerade auch um Lücken zu füllen, die durch den Wegfall der Zivildienster entstehen. Der Verzicht auf militärische Verteidigung schafft eine Friedensdividende, finanzielle Mittel, die so dringend gebraucht werden für gewaltfreie Konzepte und für ökologische und soziale Maßnahmen. Die Alternative zur Abschaffung der Wehrpflicht ist weder eine Berufsarmee mit Freiwilligenkomponenten noch die Einführung einer Allgemeinen Dienstpflicht, sondern die Vision des schrittweisen Umbaus der Wehrpflichtarmee auf

nichtmilitärische Aufgabenfelder und die Etablierung eines ausreichend finanzierten Freiwilligensystems. Insofern könnte der Staat Österreich ein Modell realisieren, das einzigartig auf dieser Welt wäre und als Modell für eine vollständige Entmilitarisierung dienen könnte. Kleine Länder wie Österreich haben größere Chancen für die konkrete Vision eines armeerfreien und dennoch und gerade deswegen ausreichend gesicherten Landes. Ein armeerfreies Land ist kein wehrloses Land, sondern baut seine Sicherheit präventiv auf Konfliktvermeidung und seine Verteidigung auf dem Instrumentarium der gewaltfreien Konflikttransformation, nichtmilitärischer Gewaltintervention und Gewaltabwehr auf. Die Bereitschaft dazu steigt, je weniger auf die vermeintliche und täuschende Sicherheit der militärischen Systeme mit ihrem demokratiefeindlichen Potenzial und ressourcenintensiven Apparat gesetzt wird. Dann werden die Menschen auch erkennen, wo die wirklichen Gefahren für die Welt und die Gesellschaft liegen, weil sie nicht mehr den Staub von Panzerkolonnen in den Augen und das Gedröhne der Kampffjets in den Ohren haben. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es jedoch auf demokratischem Wege Änderungen. Die regierende Politik wird erst zu fundamentalen Änderungen bereit sein, wenn die Pazifisten und Pazifistinnen in diesem Land eine kritische Masse³¹ erreicht haben.

20 Bürgerinitiative als echte Alternative

Die vom Internationalen Versöhnungsbund Österreichischer Zweig und Arge Wehrdienstverweigerung gestartete Bürgerinitiative ist für Pazifistinnen und Kritiker eines militärischen Systems eine wichtige Ergänzung.³² Damit wird die Vorstellung für ein Österreich ohne jedes Heer auf öffentliche Weise hörbar. Freilich löst sie nicht das Dilemma des 20.1.2013, für eines der Modelle votieren zu müssen, das weniger militärisch aber doch militärisch orientiert ist.

³¹ Das Konzept der CM (critical mass) setzt voraus, dass erst eine gewisse Anzahl von Personen jenen Aufmerksamkeitsfaktor mit sich bringt, um überhaupt gehört und beachtet zu werden.

³² Vgl.: <http://www.versoehnungsbund.at/>, abgerufen am 7.10.2012.

21 Für das kleinere Übel bei der Volksbefragung = Freiwilligenarmee/Freiwilligensystem

Am 20. Jänner 2013 haben wir nur die Wahl zwischen „Berufsheer“ (Freiwilligenarmee) / Freiwilligensystem einerseits oder Wehrpflicht / Bundesheer / Zwangszivildienst andererseits. Damit wird nochmals mehr suggeriert, es gäbe keine weiteren Möglichkeiten und das kollektive Denken wird auf diese Wahlmöglichkeiten hin reduziert. Dennoch: In dieser Situation gilt es, sich für das kleinere Übel zu entscheiden und für die Abschaffung der Wehrpflicht / Berufsheer-Variante das Kreuzerl zu machen. Diese Option bedeutet vor allem ein Nein zur Wehrpflicht, in zweiter Linie ist es aber auch ein Nein zu einem starken Heer mit größerem Berufsheeranteil als im SPÖ-Modell – das heißt ein Ja zu weniger Militär. Aus parteipolitischer Sicht ist es ein Nein zu einer drohenden schwarz-blauen Regierung. Nach der Wehrpflichtabschaffung gilt es um so mehr, die antimilitaristischen und pazifistischen Möglichkeiten verstärkt einzubringen.

Dr. Klaus Heidegger, klaus.heidegger@aon.at
